

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilungen entgegen. - Schriftlich schriftlich. - Preis pro Anzeiger Nr. 22.

Abonnement-Preise: Das Auer Tageblatt kostet 20 Mark, sechs Monate 100 Mark, ein Jahr 180 Mark. Die Anzeiger sind zu bestellen mit dem Auer Tageblatt 1923.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000. Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 221

Freitag, den 21. September 1923

18. Jahrgang

Gegen die Demagogen!

Die Dinge im Ruhrgebiet treiben einer raschen Entscheidung entgegen. Der bisherige Zustand ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Darüber sind sich alle Kenner der Verhältnisse einig, mögen sie im übrigen rechts oder links stehen. Da geht es einfach nicht an, den Kopf in den Sand zu stecken; es ist vielmehr Pflicht, rechtzeitig die Augen zu öffnen und die Lage so zu sehen, wie sie ist. Der moralische Zusammenbruch Deutschlands nach dem Weltkriege ist wahrhaftig ein Beispiel das uns alle Tage warnend vor der Seele stehen sollte und jetzt keine Nachfolge finden darf. Dem Volke muß klarer Wein eingeschenkt werden, damit ihm ein unvoreingenommenes Urteil möglich ist. Der verborgene Einfluß der Ruhrsubventionen auf die Reichsfinanzen der Mißbrauch, der vielfach mit diesen Geldern getrieben wird, die Einwirkung, die die Zahlung der Unterstützung hier und da auf die Moral der Beteiligten übt die gesamte Stimmung der Bevölkerung an Rhein und Ruhr — alle diese Verhältnisse werden nicht dadurch besser, daß man sie ignoriert; verliert nicht im Gegenteil die Situation manches von ihrem Schrecken, wenn man ihr fest ins Auge sieht?

Aber sich Gewißheit und Klarheit über die Ruhrfrage zu verschaffen, das allein genügt noch nicht, notwendig ist es, sich auch zu überlegen, wie wir uns aus einer Lage befreien können, die ohne die höchsten Gefahren für das Deutsche Reich nicht lange mehr wahren kann. Dazu gehört zu allererst, daß man sich eine deutliche Vorstellung über die in Deutschland noch vorhandenen Kräfte materieller und ideeller Art bildet. Auch hier herrscht in vielen Kreisen eine Unwissenheit, die allerdings durch die gewissenlose Hege der Nationalisten auf beiden Seiten verschuldet ist. Besonders aber sind es zur Zeit die nationalistischen Elemente, die den harmlosen Bürger in den Glauben setzen, als könnten wir mit offener Gewalt etwas erreichen, nachdem es mit der passiven Resistenz sich als unumgänglich herausgestellt hat. Ist es nicht die Höhe der Demagogie, wenn die Deutschnationalen Fraktionen des Reichstages sowie des Preussischen und des Bayerischen Landtages sich in diesem Augenblick zusammenschließen, um die schärfsten Angriffe auf die Verständigungsmaßnahmen Stresemanns zu richten? Da wird dem Kanzler vorgeworfen, er suche eine „Verständigung zum jeden Preis“ durch widerstandlose Unterwerfung unter französische Diktat. Da wird verkündet: „Wir aber wissen, daß unser Volk noch stark genug ist, um sich der Schande zu erwehren.“ Und mit großartigem Pathos lehnt die Deutschnationale Volkspartei zum Schluß „vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Scheu vor der letzten Entscheidung ab“. Was heißt „Scheu vor der letzten Entscheidung“? Die Deutschnationalen wollen offenbar, daß der Vetter an eine Entscheidung mit den Waffen denkt; aber sollen wir daran erinnern, daß Hergt und seine Getreuen bisher immer nur den passiven Widerstand gerühmt, die Gewalt aber verworfen haben? So sagte Abg. Dr. Helfferich im Reichstage am 18. April d. J.: „Kopflose und ausschließliche Gewaltstreiche Einzelner oder einzelner Gruppen, Gewaltstreiche, die ihren Urheber besten Falls den Ruhm eines Schill einbringen, dem Vaterlande aber die Lage nur verhängnisvoll verwirren und erschweren könnten, seien zu verurteilen.“ Und am 23. Februar d. J. erklärte General von Döbel in der „Kreuzzeitung“: „daß im letzten Augenblick Herr Poincaré nichts erwidern würde als ein großer Ausbruch elementarer deutscher Auflehnung. Er würde ihn aus der tiefsten Bitterkeit, in die er sich gebracht hat, befreien und zur schonungslosen Anwendung seiner überlegenen militärischen Macht mittel den höchst willkommenen Vorwand geben.“ Um wieder unsinniger aber als im Februar würde jetzt im Herbst ein „Ausbruch elementarer deutscher Auflehnung“ sein, da inzwischen von allem anderen abgesehen, unsere Finanzen in unheilvolle Zerrüttung gekommen sind und uns daher das wichtigste Mittel, das zum Kriegsführen gehört, entziffen ist?

So stellt sich die Bedenken von der „Scheu vor der letzten Entscheidung“ als weiter nichts dar denn als ein verflüchtiges Schlagwort einer Partei, die dem neuen Ministerium bei seinen Verhandlungen mit Frankreich unter allen Umständen Steine in den Weg legen will, aber selbst auch nicht im entferntesten einen positiven Gegenvorschlag machen kann. Es handelt sich hier wie auch bei den Exekorationen der Deutschnationalen, die mit demagogischer Kritik an der Politik Stresemanns natürlich gleichfalls nicht warfam sind, um nichts als um wohlfeile Phrasen, mit denen man allenfalls in Volkssammlungen Eindruck erzielen kann, die aber nichts Wirkliches hinter sich haben, wenn man sie ernsthaft nachprüft. Wer von Phrasen kann Deutschland nicht gesund werden, nur von energischen Taten, und

die erwartet heute jedermann von der Regierung, dem es um eine aussichtsreiche Zukunft unseres Vaterlandes zu tun ist. Die Regierung darf heute am allerwenigsten auf Popularitätshascherei Rücksicht nehmen, sondern muß den Weg gehen, den sie für den richtigen hält, mag er auch zunächst durch keiniges Vandal führen. In wenigen Tagen tritt der Reichstag wieder zusammen und Dr. Stresemann wird dann Gelegenheit haben, mit den

Fraktionsführern die Lage zu besprechen und ihre Meinungen zu hören. Aber in der Hauptsache ruht auf ihm selbst die Verantwortung, und da die Zeit drängt, so wird er aus eigener Initiative handeln müssen. Was er handeln, unbekümmert um die Demagogie von Parteien, die selbst in diesen Tagen, da es um das Leben unseres Staates geht ihre egoistischen Interessen nicht zurücktreten lassen können.

Das Ergebnis der Pariser Besprechung.

Paris hat „gesiegt“. — In London herrscht Unklarheit.

Das amtliche Communiqué.

Über die Besprechung selbst wurde vom Quai d'Orsay und von der englischen Botschaft gleichlautend das folgende Communiqué ausgegeben:

„Heute nachmittag hat eine Begegnung der Premierminister Frankreichs und Großbritanniens stattgefunden, die sie dazu benutzten, in einer Meinungs-austausch über die allgemeine Lage einzutreten. Man kann nicht erwarten, daß im Laufe einer einzigen Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin endgültige Lösungen festgehalten werden konnten, aber die beiden Staatsmänner sind glücklich gewesen, ihre gemeinsame Auffassung darzulegen und festzustellen, daß in keiner einzigen Frage eine verschiedene Auffassung über die Ziele oder eine grundsätzliche Differenz besteht, die die Zusammenarbeit der beiden Länder, von der in so weitest Maße die Stabilisierung und der Friede der Welt abhängen, gefährden kann.“

Die Besprechungen sollen in London fortgesetzt werden. Man spricht von der Möglichkeit einer Londoner Reise Poincarés.

Französische Pressestimmen.

Das Ergebnis der Besprechung zwischen Poincaré und Baldwin bezeichnet die gesamte Pariser Morgenpresse als „diplomatischen Sieg“ Poincarés. Selbst die Blätter der Opposition erblicken darin nur einen Erfolg des französischen Ministerpräsidenten. Seine Stellung wird mit der Clemenceaus am 11. November 1918 verglichen. Es sei gelungen, den abtrünnigen Freund wieder an sich zu ziehen, weil Deutschland kapituliere. Baldwin sei entschlossen, die Ruhrbesetzung als eine gegebene Tatsache hinzunehmen, der man sich am besten einfach füge („Ere Nouvelle“). „L'Echo National“ feiert die Wiederherstellung der Entente cordiale. Die französische-englische Einigung sei ein glückliches Ereignis („Gclair“), ein glückliches Vorzeichen („Figaro“) und eröffnet sehr ermutigende Aussichten für die nächste Zukunft („Gaulois“). Die „Republique Française“ hebt hervor, daß die konservativen englischen Staatsmänner die Aufrechterhaltung der Entente besonders gefördert hätten. Für den „Matin“ ist die Unterredung ein großer Schritt zum wahren Frieden in Europa, den der deutsche Widerstand gestört hätte.

In der offiziellen Presse wird betont, daß über die Deutschland gegenüber einzunehmende Methode noch Meinungsverschiedenheiten bestehen könnten, daß aber an einer prinzipiellen Einigung jetzt kaum/mehr zu zweifeln sei. Das Sprichwort vom „gegenseitigen Vertrauen“ wird so in allen möglichen Variationen angewandt. Das „Echo de Paris“ spricht von weiteren „Vorbereitungen“ zu einer interalliierten Konferenz, die jetzt das nächstliegende sei.

Nur die kommunistische „Humanité“ meint, die Zusammenkunft zwischen beiden Ministern werde ohne Erfolg bleiben; denn die Grundlage des Problems müsse man in Deutschland suchen.

Baldwin stützte auch nach dem Präsidenten Millerand einen Besuch ab. Er hat sich mit ihm unter vier Augen nur in Gegenwart des Dolmetschers ungefähr eine Stunde lang unterhalten.

Londoner Pressestimmen.

Der Eindruck der Pariser Besprechung auf die englische Öffentlichkeit ist begreiflicherweise noch nicht geklärt. Die Auffassung der Regierungspresse scheint vorläufig dahin zu gehen, daß ein bedeutender Fortschritt in der Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Mächten erfolgt ist, der sich allerdings zunächst wesentlich darin äußert, daß die persönliche Verbindung wieder aufgenommen wurde und in Zukunft weiter gepflegt werden soll.

In diesem Sinne äußert sich der Berichterstatter des „Daily Telegraph“, der jedoch zugleich auch davor warnt, allzu viel aus der in Paris veröffentlichten Mitteilung herauslesen zu wollen. Diese sei zwar sehr befriedigend, aber man dürfe nicht vergessen, daß die Verschiedenheit der Methoden, die zwischen beiden Ländern noch fortbestehen, sich bisher als sehr ernste Hindernisse erwiesen habe. In amtlichen englischen Kreisen in Paris

scheint der Verlauf der Dinge große Befriedigung hervorgerufen. Pariser Telegramme der Londoner Blätter behaupten, daß Poincaré eine sehr persönliche Haltung eingenommen habe, die ihre Rückwirkung auf Deutschland nicht verfehlen werde. Es scheint festzu stehen, daß Frankreich nicht die Absicht habe, Deutschland zu vernichten oder zu demütigen, sondern ihm zu helfen. (?) Für den Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bildet diese Feststellung den interessantesten Teil der Unterredung.

Es versteht sich von selbst, daß diese Darstellung der offiziellen englischen Presse mit Vorsicht aufgenommen werden muß, da sie vor allem darauf hinausläuft, die Stimmung der öffentlichen Meinung für die Regierungspolitik vorzubereiten.

Kritische Betrachtungen über die Zukunft finden sich vorläufig nur in einem Teil der Presse. Von den Organen der Regierungsparteien äußert sich bisher nur „Morning Post“, die natürlich sehr zufrieden ist. Der Wert der Zusammenkunft liegt darin, daß sie nicht isoliert bleiben werde, sondern ein neues Kapitel in den französisch-englischen Beziehungen eröffne. Bemerkenswert ist, daß das Organ der Die-Hards sich bereit erklärt, in der Sicherheitsfrage einen Vertrag mit Frankreich abzuschließen, der sich auch auf Polen und die kleine Entente beziehen würde. Von den liberalen Blättern rechnet „Daily Chronicle“ mit der Möglichkeit, daß die amtliche Mitteilung nur darauf abzielt, sei dem Publikum Sand in die Augen zu streuen.

Sehr ablehnend über die neue englische Haltung äußert sich „Daily News“. Das Blatt fragt, was denn seit der letzten englischen Note geschehen sei, wodurch eine Vereinbarung zwischen Paris und London erleichtert werde. „Ist es angeht der Lage in Deutschland begreiflich, daß die englische Regierung sich nun überreden lassen konnte, eine Politik gerade in ihrer schlimmsten Periode zu unterstützen, von der sie öffentlich erklärt hat, daß sie ungesetzlich und unmoralisch sei und eine Gefährdung für den europäischen Frieden bedeute?“

Eine Reparationsdenkschrift Dr. Stresemanns.

Übermittlung an die belgische Regierung.

Pariser Meldungen berichten, daß Reichskanzler Dr. Stresemann eine neue Denkschrift über die Ruhrbesetzung und die Reparationen ausgearbeitet und zunächst der belgischen Regierung überreicht hätte. Die Denkschrift enthalte drei Hauptpunkte:

1. sei Deutschland bereit, den passiven Widerstand einzustellen falls die im Ruhrgebiet verhafteten Deutschen befreit und die ausgewiesenen Ruhrbewohner die Erlaubnis erhalten würden, in das Gebiet zurückzukehren;
2. würde Deutschland versuchen, zur Bezahlung der Reparationen eine größere Summe als die in der Note Dr. Cunos angebotene von 30 Milliarden zustande zu bringen;
3. sei die deutsche Regierung bereit, in Deutschland eine internationale Finanzgesellschaft zu gründen, ferner eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie aufzunehmen und der Reparationskommission Anteile an sämtlichen deutschen Industrie-Unternehmungen auszuhandeln.

Die halbamtliche französische Radio-Agentur, die den Blättern diese Nachricht zustellt, knüpft daran die Notiz, es sei zu beachten, daß dieser Plan der deutschen Regierung, falls er vorhanden sei, einen erheblichen Fortschritt gegenüber den letzten vorläufigen Stresemann bedeute. Poincaré habe am Sonntag erklärt, daß Deutschland den Weg über die Reparationen nehmen müsse, und der Reichskanzler scheine dies verstanden zu haben.

Französische Gewalt Herrschaft in Oberhausen.

Am Mittwochabend besetzten französische Truppen das Elektrizitätswerk der Stadt Oberhausen. Der Strom wurde sofort stillgelegt und die Zufuhr von Gas und Kraftstrom nach der Stadt und den Umgebungen unterbunden. Die Stadt befindet sich ohne Licht. Ähnliches auf Kraftstrom eingestellten Betriebe haben